

## BESCHLUSS EINER PRIVATISIERUNG VON GEMEINDEGÜTERN 1848 IN BÜRCHEN

*von Anton Gattlen*

Am 1. Mai 1848 fasste «die vollständig versammelte Gemeinde Bürchen», auf Vorschlag des Rates, den Beschluss, ihre Waldungen, Alpen, Rebberge und andere Grundstücke in Privateigentum der aktiven Bürger zu verwandeln. Davon ausgenommen blieben «zeitfristig» Gemeindegebäude, Kapitalien, Reben zu St. Anna in St. German und Äcker auf Setzelried, deren Ertrag «zur Bestreitung der kirchlichen und civilen Lasten» notwendig zu sein schien.

Festgehalten wurde der Beschluss in einem in 25 Artikel gegliederten Dokument, das mehrere Bestimmungen enthält, welche im Widerspruch stehen zu der ausdrücklich erklärten Absicht, das Vermögen der Gemeinde zu privatisieren.<sup>1</sup> Die Wälder sollten aufgeteilt und bezirksweise an je 8 Haushaltungen übergeben werden. In jedem Bezirk waren die «Eigentümer» gehalten, einen Aufseher zu ernennen, der im Einverständnis mit dem Gemeinderat die Bewirtschaftung zu organisieren und zu überwachen hatte. Die Nutzung des Waldes blieb in traditioneller Weise geregelt, hauptsächlich nach Beschlüssen aus dem Jahre 1847, deren Inhalt wir nicht kennen. Jede Haushaltung erhielt wie bisher jährlich 6 Tannen zugesprochen; Einwohner, die nicht in eigenem Walde Brennholz zur Verfügung hatten, konnten es in dem Bezirke holen, in dem sie wohnten. Die Gemein-

---

1 Gemeindearchiv Bürchen: B 7. Der Beschluss liegt vor in einer datierten, von Präsident Johann Joseph Zumoberhaus und Schreiber Johann Joseph Furrer signierten Ausfertigung, Papier, 8 S., 35,5 / 22,5 cm, sowie in einem sachlich übereinstimmenden, unsignierten Entwurf (B 7bis).

de blieb berechtigt, für allgemeine Bedürfnisse in den Bannwäldern das notwendige Holz zu schlagen.<sup>2</sup>

Für Kuh-, Rinder- und Schafalpe war eine neue Randung vorgesehen; Einzelheiten fehlen.<sup>3</sup> – Die Gemeindereben, die man «zum allgemeinen Bedürfnisse nicht erster Notwendigkeit» erachtete, sollten «den Aktivbürgern ausgeteilt oder von selben als Privateigentum bearbeitet und benutzt» werden, ausgenommen die der Gemeinde vorbehaltenen zu St. Anna.<sup>4</sup> – Für die übrigen Liegenschaften wurde bestimmt, dass sie bis zur endgültigen Aufteilung verpachtet und der Ertrag gleichmässig den Burgern ausgerichtet werden solle.<sup>5</sup>

Veräusserung und Verpfändung der zugeteilten Güter war den «Eigentümern» verboten unter Androhung von Nichtigkeit, Rechtsverlust und Pflicht zu Schadenersatz; sogar der Verkauf von Holz aus den einzelnen Bezirken war untersagt.<sup>6</sup> Gewalt zu Veräusserungen hatte nur der Gemeinderat bei Zustimmung einer  $\frac{2}{3}$  Mehrheit der aktiven Bürger.<sup>7</sup>

Wenn die Erklärungen zutreffen, die in der Einleitung zusammengestellt sind, waren vor allem drei Gründe massgebend für diesen Erlass: gerechtere Verteilung des Burgernutzens, bessere Bewirtschaftung der Gemeindegüter, namentlich der für Bürcchen so wichtigen Wälder, sowie Sicherung des Eigentums «bei einem bevorstehenden Kontinentalkriege und allgemeinen Wirren».<sup>8</sup>

Die zwei erstgenannten Begründungen können als echte Anliegen der Burgerschaft gewertet werden, aber man hätte diese Ziele mit organisatorischen Massnahmen zu erreichen vermocht; Privatisierung wäre nicht erfordert und mit dem vorliegenden Beschlusse, wie früher erwähnt, auch nicht durchführbar gewesen. Man zweifelt daher kaum daran, dass es sich um eine Scheinprivatisierung handelte und die weitläufigen Erklärungen hauptsächlich dazu dienten, den wirklichen Grund, der zu dem Erlasse geführt hatte, zu vernebeln.

Was beabsichtigt war, scheint angedeutet zu sein im obgenannten dritten Punkt: Sicherung des Eigentums in einer Zeit kriegerischer Bedrohung und allgemeiner Wirren. In diesem Zusammenhange ist daran zu erinnern,

---

2 Vgl. Art. 4–16.

3 Art. 17.

4 Art. 19.

5 Art. 20.

6 Art. 9, 18, 22.

7 Art. 24–25.

8 Einleitung, S. 2.

dass im Jahre zuvor, nach der Niederlage des Sonderbunds, die Radikalen im Wallis die Macht übernommen hatten, zugleich eine für damalige Verhältnisse gewaltige Staatsschuld. Um diese abzubauen und den politisch stark engagierten Klerus für seine konservative Haltung zu bestrafen, dekretierte die Regierung bereits am 11.1.1848 die Säkularisierung des Walliser Kirchengutes.<sup>9</sup>

Möglicherweise befürchtete man damals, die neue Regierung könnte bei der Suche nach Einnahmequellen auch auf das Vermögen der Burgerchaften greifen oder dieses mit hohen Steuern belasten,<sup>10</sup> eine Gefahr, der man in Bürchen mit einer förmlich erklärten Privatisierung der Gemeindegüter zu entgehen versuchte. Der Beschluss war vermutlich nur als vorsorgliche Massnahme gedacht; dafür spricht die Tatsache, dass er keine erkennbaren Auswirkungen hatte; es gibt kein einziges Dokument, das seinen Vollzug belegen würde. – Der seltsame und nicht uninteressante Text wird anschliessend wortgetreu, aber in modernisierter Orthographie abgedruckt.

*Beschluss über die Privateigentumserklärung der der Gemeinde Bürchen  
angehörigen Liegenschaften und der auserfolgenden Rechten*

Die vollständig versammelte Gemeinde Bürchen, auf den vorläufigen Vorschlag des Rates der Gemeinde Bürchen,

Eingesehen, dass sich die Gemeindsrechtebenutzungen bisher nicht im Sinne einer bürgerlichen Allgemeinheit und Gleichheit ausgeübt haben, besonders in den Waldungen, welche für Bürchen im allgemeinen und einzelnen von wichtigem Werte bekannt sind;

Eingesehen, dass in dieser bisherigen Benutzung die Veredlung der Wälder vernachlässigt worden und wegen des allgemeinen unforstlichen Gesamtheitsholzschlages in Anzahl und Gattung und somit in wenigen Jahren sich die Gemeinde Bürchen in grossem Rückstande seiner Hilfsquellen vorfinden würde;

Eingesehen, dass unter einer Verteilung Bürchens Waldungen unter die Bürger von mehreren Haushaltungen bezirkweise Abteilungen

---

9 Sammlung der Gesetze, Dekrete und Beschlüsse des Kantons Wallis von 1847 bis 1852, Bd. 8, S. 51–52.

10 Vielleicht gibt es auch in andern Gemeinden Hinweise auf solche Bemühungen. Bekannt ist, dass die Burgerschaft Visp 1810 die Absicht hatte, ihr Vermögen durch Privatisierung vor den Franzosen zu schützen, was aber wegen obrigkeitlichem Verbot nicht geschehen konnte. Vgl. *Peter Jossen*, Visp, 1988, S. 252.

- deren Forstbesorgung besser beaufsichtigt und der Genuss ge-  
rechter beordnet und bewerkstelliget werden kann;
- Eingesehen, dass der Bürchner Bürger Anwachs zahlreich zunimmt, wel-  
cher seine Interessen besorgt und selbst benutzt wissen will und  
selbe in einer Verteilung der Gemeindegüter auf festgesetzte  
Haushaltungsanzahl besser berechnet findet;
- Eingesehen, dass sich eine genauere Alpenrandung in der Gemeinde Bür-  
chen vorzunehmen [aufdrängt] und nach dieser die Alpbenutzung  
und Teilung vorzunehmen ist;
- Eingesehen, dass die wirklich von der Gemeinde Bürchen besessenen Re-  
ben zum allgemeinen Bedürfnisse nicht erster Notwendigkeit sind  
und unter die Gemeinder privatlischer benutzt bedeutende Vorteile  
verschaffen;
- Eingesehen, dass die Gemeindegebäude, Kapitalien und Äcker zur allfälli-  
gen Bestreitung verschiedener der Gemeinde Bürchen schon ge-  
genwärtig und vielleicht zukünftig obliegenden Lasten unent-  
behrlich sind;
- Eingesehen, dass bei einem bevorstehenden Kontinentalkriege und allge-  
meinen Wirren jedes Haben bestmöglich [zu sichern] sich jeder-  
mann bestreben soll und so durch eine Verteilung, die aber nur die  
Nutzniessung eines getreuen Bürgers zum Grunde haben kann,  
dieses Ziel erreicht werden kann;
- Eingesehen, dass bei einer solchartigen Verteilung immer eine genaue Ob-  
sicht ab seiten des Rats einer Gemeinde zur Notwendigkeit wird  
und jeden einzelnen Veräusserungen und jederseitigen Missbräu-  
chen gesteuert werden muss; beschliesst:
- Art. 1 Alle bisher unter dem Namen Güter und Anhänglichkeiten der  
Gemeinde Bürchen [bekannten Besitzungen] sind von heute an  
als Privateigentum der Bürger von Bürchen erklärt.
- Art. 2 Sind jedoch hievon zeitfristig ausgenommen die Gemeindegebäu-  
de, Kapitalien, Reben in St. Anna zu St. German, Äcker auf Set-  
zelried; diese werden der Gemeinschaft zur Bestreitung der  
kirchlichen und civilen Lasten, welche schon auf der Gemeinde  
drücken oder ferners fallen möchten, vorbehalten.
- Art. 3 Eine zum Interesse der Bürger billige Verteilung der Waldungen,  
Grundstücken und erneuerte Alpenrandung ist dekretiert.

*Erster Titel: Von den Waldungen*

- Art. 4 Die Waldungen und der Boden sind Privateigentum der Bürger von Bürchen.
- Art. 5 Die sämtlichen Waldungen werden in Bezirke je nach den Umständen des Holzmeisses abgeteilt.
- Art. 6 Auf jeden Bezirk fallen acht Haushaltungen von Bürgern, welche gemeinsam benutzen.
- Art. 7 Die sogenannten Bannwälder werden ebenfalls in vorigen Bezirken soviel wie möglich zu gleichen Teilen verteilt werden. Die Benutzung aber derselben im hochstämmigen Holzmeiss bleibt den bisherigen und wirklichen Verwendungen unterworfen.
- Art. 8 Die Gemeindheit des hochstämmigen Holzmeisses in den Bannwäldern ist einzig für allgemeine Bedürfnisse vorbehalten als Brücken, Anlegungen, Gemeindebauten und Vorräte nach Feuersbrünsten u. d. gl.
- Art. 9 Die ungeächteten Bezirkswälder, so wie jene des Bannes, wie derselben Boden können nicht an einen Drittmann veräussert noch verpfändet werden und zwar unter Nichtigkeit und Schadenersatz.
- Art. 10 Beim Abgange eines oder mehrerer Eigentümer der Bezirke fällt dessen Anteil den übrigen Miteigentümern der respektiven Bezirken zu und zwar nur den Aktivbürgern von Bürchen.
- Art. 11 Die in Bürchen beständigen und zeitfristigen Einwohner, welche sich nicht aus ihrem Eigentum das nötige Brennholz verschaffen könnten, werden für Brennholz in jenen Bezirken, in welchen ihr Wohnsitz einschlägt, zugelassen. In jeder übrigen Holzbenutzung unterliegen die beständigen und zeitfristigen Einwohner in Bürchen dem Gemeindsbeschluss vom 3. Jenner 1847.

*Benutzung der Waldungen  
Polizei*

- Art. 12 Die Fällungen, Anzahl und Art hochstämmigen Holzes, in den wirklich dekretierten Privatbezirkswäldern sind durch frühere Beschlüsse, besonders durch jenen vom 3. Jenner 1847 reguliert und beibehalten.
- Art. 13 Für jede Haushaltung der Bürger in Bürchen wird in den Bezirkswäldern wie bis jetzt sechs Stöcke Tannen durch Jahr zum Maien

gestattet; die Zuwiderhandelnden fallen in die wirklich bestimmte Strafe.

- Art. 14 Der übrige grüne Holzmeiss bleibt auf der wirklich festgesetzten Basis [Nachtrag:] vom 14. März 1847.
- Art. 15 Jeder Bezirk wählt aus seiner Mitte einen Aufseher, der die Holzschläge seines Bezirks und dessen Ausbeutung und Verbesserung des Waldes überwacht und besorgt.
- Art. 16 Jeder Aufseher hat zu wachen, dass sein Bezirk nicht von andern beeinträchtigt werde.

#### *Zweiter Titel: Von den Grundstücken*

- Art. 17 Die Kühe-, Rinder- und Schafalpe der Gemeinde Bürchen ist Privateigentum der aktiven Bürger von Bürchen. Eine zu erneuernde Randung bestimmt deren Benutzung und Weidgang.
- Art. 18 Veräussern oder verschulden der gemeldten Alpen oder deren Anhänglichkeiten ist unter Nichtigkeit und Folgen verboten.
- Art. 19 Die Gemeindereben, jene von St. Anna ausgenommen, werden den Aktivburgern ausgeteilt oder von selben als Privateigentum gemeinsam bearbeitet und benutzt. Ein Beschluss wird das Nähere bestimmen.
- Art. 20 Die übrigen Gemeindeligenschaften sind Privateigentum, werden aber bis zur vollständigen Verteilung zur Verpachtung versteigert und der Wert an die Aktivbürger abgegeben.
- Art. 21 Alle Privaten und grössere Gesamtheiten gestatten sich gegenseitig ferner allen bisherigen gebräuchlichen Weidgang.
- Art. 22 Jede Rechtsveräusserung, welche sich aus gegenwärtigem Beschlusse zieht wird mit dem Verluste des Rechts selbst bestraft.
- Art. 23 Die Waldbezirksaufseher haben sich mit dem Gemeinderat über die vernünftige Benutzung der Waldungen und deren Boden, wie auch besonders über die Veredlung desselben zu beraten und die Vollziehung zu bewirken.
- Art. 24 Dem Gemeinderate mit Beistimmung der zwei Drittel der stimmfähigen Bürger liegt es einzig in der Gewalt, nach Gutachten eine aus diesem Beschluss zu ergreifende Veräusserung vorzunehmen und zu schliessen.

Art. 25 Dem Gemeinderate liegt unter eigener Verantwortlichkeit die ganze Aufsicht zur Beobachtung des gegenwärtigen Beschlusses und dessen Vollziehung ob.

Gegeben in Bürchen, den 1. Mai 1848

Der Präsident: Johann Joseph Zumoberhaus

Der Schreiber: Johann Joseph Furrer